

**Armin Laschet, Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der CDU NRW:**

## „Wir müssen NRW vom letzten Platz in Deutschland wegbekommen“



Mit Hinweis auf das positive Wahlergebnis der CDU im Saarland begrüßte der Landesvorsitzende der Senioren-Union der CDU NRW, Leonhard Kuckart, die über 130 Teilnehmer der Funktionsträgerkonferenz in Duisburg.

Als Gastredner schwor der Spitzenkandidat der CDU NRW, Armin Laschet, die Teilnehmer auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ein.

Leonhard Kuckart hob hervor, dass die ältere Bevölkerung mit ihren Stimmen entscheidend zum guten Wahlerfolg im Saarland beigetragen habe und wies darauf hin, dass die älteren Wähler immer mehr



Funktionsträgerkonferenz in Duisburg mit dem engagierten Spitzenkandidaten der CDU NRW Armin Laschet

Seite 1 ►



Remscheid geht mit gutem Beispiel voran: eigenes Seniorenbüro

Seite 5 ►



Leonhard Kuckart: „Die CDU wird für Sicherheit und Ordnung sorgen“

Seite 6 ►



*Der Landesvorsitzende der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen verspricht dem Spitzenkandidaten Armin Laschet die volle Unterstützung der Senioren-Union.*

Wahlergebnisse entschieden, weil sie häufiger wählen gingen, aber auch, weil die Zahl dieser Wähler immer größer werde. „Wir müssen alles tun, damit die Wahl für uns gewonnen wird. Unsere Zustimmung als Senioren ist entscheidend für den Ausgang der Wahl“, machte der Landesvorsitzende der SU klar. Der Schulz-Effekt sei bereits im Saarland verpufft. Die SPD habe dort ein Prozent weniger Stimmen erhalten als bei der vorangegangenen Wahl.

Die CDU wolle ein Verbot der Altersdiskriminierung im Grundgesetz verankern und eine bessere Organisation der nachberuflichen Bildung erreichen. Dies seien auch zentrale Forderungen der Senioren-Union. Kuckart rief die Senioren auf, vor der Wahl von Haus zu Haus zu gehen und sich an Canvassingständen zu beteiligen.

Die Umfragen zur Landtagswahl wiesen seit drei Jahren ein Kopf-an-Kopf-Rennen aus. Laschet bekräftigte, dass die Wähler am 14. Mai auch darüber abstimmen werden, ob Jäger weiter Innenminister bleibe. Die 100 Prozent, die Schulz bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden erhalten habe, sei Ausdruck der Verzweiflung der SPD gewesen. Kraft werde nach der Wahl rot-rot-grün anstreben, nur dass es irgendwie zu einer Regierungskoalition reiche.

In Fragen der inneren Sicherheit nehme NRW uneingeschränkt den letzten Platz in Deutschland ein. Die besorgniserregenden Zahlen begründe der schlechte Innenmi-

nister Jäger damit, dass es in NRW so viele Großstädte gebe. Laschet rechnete vor, dass es in München 1100 Einbrüche pro Jahr gebe, in Köln seien es nicht weniger als 5000. Dies begründe Jäger wiederum mit den offenen Grenzen nach Belgien und Holland. „Der Innenminister ignoriert die Tatsache, dass Bayern unter anderem an Tschechien grenze“, sagte Laschet. Mit der Forderung nach denselben Sicherheitsstandards für Nordrhein-Westfalen wie für die anderen Bundesländer, wie mehr Schleierfahndung und Video-Überwachung, rief Laschet bei anhaltendem Beifall der Zuhörer aus: „Wir müssen die rot-grüne Blockadehaltung gegen Sicherheit durchsetzen.“ Außerdem müsse es ein Ende haben, dass wie in Duisburg Schrottimmobilien zu dem Zweck aufgekauft

## Zur Person



**Christa Thoben:**  
„Man braucht immer mehr Gelassenheit“

Aus der Politik ist Christa Thoben nicht wegzudenken. Seit Jahrzehnten ist sie in unterschiedlichen Positionen auf Landes- und Bundesebenen aktiv. Schon bald nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Münster, Wien und Innsbruck ist sie durch Norbert Lammert in die Junge Union gekommen. Ihre berufliche Laufbahn begann die Wirtschaftswissenschaftlerin beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung. Darauf folgte eine zweijährige Tätigkeit bei der IHK Münster als Geschäftsführerin.

Dem Landtag in Nordrhein-Westfalen gehörte Christa Thoben von 1980 bis 1990 an. 1990 wurde sie als erste Frau Deutschlands Hauptgeschäftsführerin der IHK Münster. Darauf folgten drei Jah-

re von 1995 bis 1998 als Staatssekretärin im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Von 1999 bis 2000 war Christa Thoben Bürgermeisterin in Berlin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Nach ihrer Tätigkeit als Beauftragte für den Aufbau des Regionalverbandes Ruhr war sie von 2005 bis 2010 Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie in Nordrhein-Westfalen. In diesem Ministerium hat Christa Thoben besondere Aufmerksamkeit dem Seniorenreferat gewidmet. „Hier habe ich festgestellt, dass Seniorenkaufhäuser geplant und eine Stadtplanung für Senioren vorgenommen wurde. Das ist falsch. Praktische Hilfen sollten nicht einseitig sondern für alle geplant werden. Zum Beispiel nutzen breitere Gänge nicht nur Rollatoren, sondern auch Frauen mit Kinderwagen.“ Parallel zu ihren Tätigkeiten hatte Christa Thoben auch zahlreiche herausgehobene Parteiämter inne. Eine Grundmaxime hat die Politikerin in all den Jahren immer wieder beeinflusst: „Man braucht in der Politik Humor und mit zunehmendem Alter immer mehr Gelassenheit.“ Die Aussage, „Zukunft braucht Erfahrung“ ist auch Christa Thoben ein Herzensanliegen. Sie nennt es wichtig, mit Erfahrung bei den Jüngeren zuzuhören. Diese Art der Normalität müsse erreicht werden. „Man muss sich mit einer sich ändernden Wirklichkeit befassen, ohne dass man alles alte aufgibt, mit dem man groß geworden ist.“





*Senioren gehen wählen: Unser Landesvorsitzende Leonhard Kuckart hob die Wichtigkeit der älteren Wählerinnen und Wähler hervor.*

würden, um dort aus Osteuropa Bewohner mit Scheinarbeitsverträgen zu kasernieren und in Deutschland die sozialen Leistungen für ihre Clans abzukassieren.

Am Beispiel des Traditionskonzerns Haribo zeigte Laschet auf, dass Industrie aus NRW vor der rot-grünen Politik flüchtet. „Haribo hat sich inzwischen jenseits der Landesgrenze in Rheinland-Pfalz angesiedelt.“ Außerdem verpflichtete die rot-grüne Regierung Firmen mit der Begründung, Transparenz herzustellen, u.a. ihre Bau-

pläne im Internet zu veröffentlichen. „Die einzigen, die diese Pläne lesen können und interessieren, sind die Konkurrenzunternehmen in China und Terroristen, die Anschläge verüben wollen.“ betonte Laschet aus.

Die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum bedürfe unbedingt der Unterstützung durch die Politik. Deshalb fordert der NRW-Spitzenkandidat, zehn Prozent der Studienplätze unabhängig vom Numerus Clausus an Studenten zu vergeben, die

sich im ländlichen Raum niederlassen müssen. Dafür werde in Ostwestfalen eine neue medizinische Fakultät errichtet. Außerdem vertrat Laschet die Meinung, man könne nicht massenhaft in einem Ort Windräder aufstellen. „Das werden wir abschaffen“, versprach er. Bei der Landtagswahl gehe es nicht um ein Stimmungsbild, sondern um grundsätzlich andere Entscheidungen, um Nordrhein-Westfalen vom letzten Platz in Deutschland wegzubekommen.



*Viel Beifall fanden die klaren Vorstellungen des CDU-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen Armin Laschet über die Zukunftspolitik unseres Landes bei den Teilnehmern der Funktionsträgerkonferenz.*

## Forderungen der SU zur Landtagswahl: Seniorenämter, Senioren-Tagesplätze und nachberufliche Orientierung

In der Einführung von Seniorenämtern auf kommunaler Ebene, der Durchsetzung eines Rechtsanspruchs eines Seniorentagesplatzes und der Einrichtung von Zentren der nachberuflichen Orientierung für ältere Menschen in Städten und Gemeinden stellt der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Leonhard Kuckart, drei Hauptforderungen seiner Organisation für die Zeit nach der Landtagswahl. „In allen Kommunen gibt es Jugendämter, aber für Seniorinnen und Senioren, die in Not geraten sind, gibt es keine Anlaufstelle“, kritisiert Kuckart die derzeitige Situation. Ein Seniorenamt könnte und sollte sich als zentrale kommunale Institution um die Fürsorge

und Autonomie älterer Menschen kümmern, fordert Leonhard Kuckart für die Senioren-Union. In Regensburg und Nürnberg gibt es diese Einrichtungen bereits seit vielen Jahren.

Den Blickwinkel auf Ältere allein unter pflegerischen Gesichtspunkten betrachtet Leonhard Kuckart als realitätsfremd. Deshalb fordert er den Rechtsanspruch auf einen Senioren-Tagesplatz, analog dem Rechtsanspruch auf einen Kinder-Tagesplatz für die Unter-Dreijährigen. Die Senioren hätten die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und zu erhalten. Diese Betreuungsmöglichkeiten für ältere Menschen außerhalb der eigenen vier Wände

helfe denjenigen, die nicht alleine sein möchten oder keine Freunde, Verwandte oder Bekannte mehr haben, eine Anlaufstation zu bieten.

Viele ältere Menschen fühlen sich auch als Rentner noch fit für die Arbeitswelt. Die steigende Zahl der Berufstätigen, die älter als 65 Jahre sind, belegt dieses Bedürfnis. Der demografische Wandel untermauert auch den Einsatz Älterer im Berufsleben. Deshalb fordert die Senioren-Union NRW die Einrichtung von Zentren der nachberuflichen Orientierung für Ältere. Denkbar wäre eine Trägerschaft der Bundesanstalt für Arbeit oder der regionalen Wirtschaft.

## Remscheid geht mit einem gutem Beispiel voran: eigenes Seniorenbüro

Wovon andere Städte in Nordrhein-Westfalen nur träumen können, ist in Remscheid jetzt zur Realität geworden. Die kleinste Großstadt in NRW hat ihr eigenes Seniorenbüro bekommen. Es ist der Hartnäckigkeit von Elke Rühl, die dem Landesvorstand der Senioren-Union angehört, und des jüngst verstorbenen Bernhard Grunau zu verdanken, dass diese beispielhafte Einrichtung Anfang März ihre Pforten öffnen konnte.

Das Senioren-Büro soll Anlaufstelle für alle Senioren der Stadt für Themen wie Wohn-, Pflege- und Rentenberatung sein. Außerdem wird Informationsmaterial zu Patientenverfügung, Vorsorgevollmachten, Veranstaltungen in Remscheid und die Arbeit des Seniorenbeirats erhältlich sein. Das Seniorenbüro ist regelmäßig geöffnet. Von der Idee waren fraktionsübergreifend alle Parteien angetan, so dass der Realisierung nichts im Wege stand. Durch die zentrale Anlaufstelle



*Elke Rühl, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der Senioren-Union NRW*

für Ältere soll die Stadt weiter an einem Konzept für eine seniorenfreundliche Kommune arbeiten. Elke Rühl, die den größten Anteil an der Gründung des Seniorenbüros hatte, sagt auch, wie es

weiter gehen soll: „Jetzt geht es darum, den Raum Seniorenbüro auch mit ehrenamtlichem Engagement zum Erfolg zu führen – zum Wohle der älteren Menschen in unserer Stadt.“



## Schulchaos in NRW – und die grüne Löhrmann heuchelt heile Welt

Die Senioren-Union Nordrhein-Westfalen ist tief besorgt über die schulische Ausbildung ihrer Enkel. Wie in fast allen Sparten, hat die rot-grüne Landesregierung auch die Schulausbildung so heruntergewirtschaftet, dass NRW in vielen Vergleichen in Deutschland das Schlusslicht bildet. So werden in NRW pro Schüler nur 5900 Euro im Jahr ausgegeben. Im Bundesdurchschnitt sind dies immerhin 6600 Euro pro Schüler. Die Bayern geben sogar 7300 Euro für jeden Schüler im Jahr aus.

Aber nicht nur dieses Missverhältnis zu anderen Bundesländern dokumentiert den fahrlässigen Umgang der rot-grünen Landesregierung mit den Kindern. Statistiken belegen, dass schon die Grundschüler beim Übergang in eine weiterführende Stufe durch flächendeckenden Unterrichtsausfall ein halbes Jahr weni-

ger Unterricht vorweisen können, als die Kinder zum Beispiel in Bayern. Diese miserablen Zahlen spiegeln sich auch im Zustand der Schulgebäude in NRW wider. Nur 15 Prozent aller Schulgebäude gelten derzeit als baulich völlig in Ordnung.

Die Schulen in NRW degenerieren immer mehr zum Tummelplatz privater ideologischer Planspielchen rot-grüner Strategen, die offensichtlich eine andere Gesellschaft wollen. Dass 700 Schulleiterstellen im Land unbesetzt sind, spricht für sich. Wer will die Spiele der Frau Löhrmann schon vor Ort freiwillig verantworten? Hinzu kommt die Überforderung von Schülern, Lehrern und Eltern durch eine planlose und unterfinanzierte Inklusion. Diese an sich gute Grundidee scheitert an der Unfähigkeit der grünen Schulministerin, die Voraussetzungen für das nachhaltige Gelingen einer Inklus-

sion zu schaffen. Der gezielt gewollte Qualitätsverlust an den Gymnasien des Landes soll die Einführung der ungeliebten, aber ideologisch gewollten Einheitsschule forcieren. Und Frau Löhrmann reist durchs Land und erklärt nach Schulbesuchen, es mache ihr immer wieder Freude, die zufriedenen Gesichter von Lehrern und Schülern zu sehen.

Für wie naiv hält diese Frau eigentlich Eltern, Schüler und Lehrer. Der Wähler soll ihr für ihre unverzeihlichen Missgriffe bei der schulischen Ausbildung unserer Nachwuchsgeneration die Quittung geben. Die Senioren-Union fordert daher alle verantwortungsbewussten Menschen auf, diesem Treiben ein Ende zu setzen und die CDU zu wählen. Nichts ist so wichtig wie eine qualitativ gute, an individuellen Fähigkeiten ausgerichtete Ausbildung der jüngeren Generation.

# Vorwärts

für die Schulen in NRW.



**Dafür mach  
ich mehr als nur  
ein Kreuz.**

Foto: CDU Deutschlands/Butzmann

## Endlich junge Familien unterstützen

Dass NRW auch bei den U3-Betreuungsplätzen Schlusslicht in Deutschland ist, verwundert bei den vielen letzten Plätzen, die das rot-grün regierte Land einnimmt, eigentlich nicht. Die Senioren-Union fordert daher, die Familien künftig besser zu unterstützen. Dazu gehört auch die Förderung der Eigentumsbildung für junge Familien durch Baukindergeld

und Senkung der Grunderwerbssteuer. Zudem müsse die Familienarbeit höhere Anerkennung in der Rente finden. Generationsübergreifendes Zusammenleben zum Beispiel in Mehrgenerationenhäusern müsse stärker gefördert werden. Hierfür wird sich die Senioren-Union nachhaltig einsetzen.

Besonders jungen Familien solle ein Maßnahmenkatalog zugutekommen, der vorsieht, eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas zu schaffen und größere Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Kitas zu erzielen. Außerdem sollen Eltern aktiv unterstützt werden, die ihre Kinder zu Hause betreuen.

**Kuckart:**

## „Die CDU wird für Sicherheit und Ordnung sorgen“ Innenminister Jäger macht NRW in Deutschland lächerlich

„Das größte Sicherheitsrisiko in Nordrhein-Westfalen ist Innenminister Jäger. Wir müssen endlich den letzten Platz bei der Kriminalitätsrate im Ländervergleich verlassen. Auch bei Wohnungseinbrüchen sind wir unübertroffene Negativ-Spitze. 144 Einbrüche pro Tag. Diese beschämende Zahl dokumentiert mehr Wohnungseinbrüche als die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Sachsen zusammen aufweisen,“ zeigt Leonhard Kuckart, Landesvorsitzender der Senioren-Union und deren stellvertretender Bundesvorsitzender die Ergebnisse ministerieller Arbeit des Landes-Innenministers Jäger (SPD) auf. Dabei mütet es schon als Treppenwitz der Geschichte an, dass Jäger ausgerechnet wenige Wochen vor der Wahl öffentlichkeitswirksam einigen Polizeibeamten Bodycams anheftet, um in Nordrhein-Westfalen Sicherheit und Professionalität in der Verfolgung von Verbrechen und Verbrechern vorzutäuschen, zeigt sich Kuckart erbost über die Effekthascherei des „größten Missgriffs der rot-grünen Landesregierung.“ Nicht den Polizeibeamten könnten Vorwürfe für diese miserable Bilanz gemacht werden, sondern die Verantwortung für diese Zahlen der Schande trage einzig und allein der SPD-Minister. „Kein Bürger kann sich mehr sicher fühlen, weder auf der

Straße noch in den eigenen vier Wänden“, klagt Leonhard Kuckart. „Wir müssen endlich der Polizei die Unterstützung zukommen lassen, die sie benötigt, um für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Aber anstelle dies zu tun, hat Jäger die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eingeführt und somit eine Forderung der Grünen umgesetzt und damit die Misstrauenskultur gegenüber denen angeheizt, die Tag und Nacht im Einsatz für die Sicherheit sind, aber von Jäger und seinen Genossen und den Grünen alleingelassen werden.“

Kuckart fordert, nach einem CDU-Wahlsieg mehr Polizisten einzustellen, damit auch die Präsenz der Schutzleute auf den Straßen in NRW größer wird. Außerdem solle die Polizei mehr Rechte erhalten. „Es darf in unserem Bundesland keine rechtsfreien Räume mehr geben. Die organisierte Kriminalität muss bekämpft werden. Außerdem fordern wir für Wohnungseinbrüche eine Mindeststrafe von einem Jahr ohne Bewährung“, erklärt Kuckart. Die Senioren-Union trage besondere Verantwortung für die älteren Menschen. Diese wagten sich in einigen Städten und Regionen kaum noch auf die Straße. „Das wird ein Ende haben. Deshalb darf keine Stimme gegen die CDU verschenkt werden“, fordert der Landespolitiker alle Senioren auf, zur Wahl zu gehen

und mit ihrem Votum für die CDU ein eindeutiges Signal für Sicherheit und Ordnung zu geben.

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Leonhard Kuckart

### REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg,

Leonhard Kuckart,

Rainer Mohrmann

Fotos: Roland Rochlitzer,

Norbert Solberg

### ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf

Tel. 0211.13600-22 | Fax 0211.13600-54

senioren@senioren-union-nrw.de

www.senioren-union-nrw.de

### GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare

# Vorwärts

für die Sicherheit in NRW.



**Dafür mach  
ich mehr als nur  
ein Kreuz.**